

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 31.05.2018

Ort: FB Kinder, Jugend, Familie, Großer Saal, Eiermarkt 4-5, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:13 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

bis 16:46

Herr Claas Merfort - CDU

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Oliver Schatta - CDU

Vertretung für: Frau Heidemarie
Mundlos

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD

Vertretung für: Frau Annette Jo-
hannes

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Andreas Paruszewski -

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Herr Gunter Kröger - Sprecher AGW

Verwaltung

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Herr Martin Albinus – FBL 51

Frau Marion Becker – FB 50

Herr Thomas Tegtmeyer – FB 50

Frau Felicia Ferdinand – FB 50

Herr Michael Künzler – FB 50

Frau Jacqueline Puls – FB 50

Frau Beate Koch – FB 50

Frau Melanie Gerisch – FB 50

Frau Lisette Reinhard – FB 50

Frau Jo Lina Heyer – FB 50

Frau Linda Meyer – FB 50
Frau Julia Pelligritti – FB 50
Frau Ulrike Adam – Ref. 0150

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD	entschuldigt
Frau Heidemarie Mundlos - CDU	entschuldigt
Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2	entschuldigt
Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Herr Frido Gaus	abwesend
Herr Arnim Graßhoff	entschuldigt
Frau Christine Wolnik	entschuldigt
Herr Rolf Kamphenkel	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.03.2018
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.04.2018
- 4 Flüchtlingsangelegenheiten
- 5 Präsentation Arbeitskreis Streetwork
- 6 Mitteilungen
 - 6.1 Bericht der Zentralen Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW) 18-08291
 - 6.2 Fachausschussberichtsbesen - Jahresabschlussbericht 2017 des Fachbereich 50 18-08294
- 7 Anträge
 - 7.1 Begegnungsmöglichkeiten in den Stadtteilen durch Stadtteiltreffs schaffen 18-08284
 - 7.2 Nachbarschaftszentren in Stadtquartieren 18-08025
- 8 Anfragen
 - 8.1 Sanierung der sanitären Anlagen auf dem Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94 18-08314
 - 8.1.1 Sanierung der sanitären Anlagen auf dem Wohnwagenaufstellplatz 18-08314-01

8.2	LAB-Ausweis als Fahrschein für den ÖPNV?	18-08290
8.2.1	LAB-Ausweis als Fahrschein für den ÖPNV?	18-08290-01
8.3	Sachstandsbericht Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)	18-08214
8.3.1	Sachstandsbericht Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)	18-08214-01
8.4	Braunschweig Pass für die Stadtbibliothek?	18-08289
8.4.1	Braunschweig Pass für die Stadtbibliothek?	18-08289-01
8.5	Jobcenter: Sanktionen und die Folgen	18-08250
8.5.1	Jobcenter: Sanktionen und die Folgen	18-08250-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Eine mündliche Anfrage von Ratsfrau Naber wird zu TOP 8 Anfragen aufgenommen.

Herr Klockgether gibt bekannt, dass die nächste Sitzung vom 23. August 2018 auf den 9. August 2018 verschoben wird.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.03.2018

Herr Michalek merkt an, dass Herr Dr. Wiegel in die Teilnehmerliste der Sitzung vom 1. März 2018 aufzunehmen ist.

Im Übrigen wird das Protokoll genehmigt.

Frau Wilimzig-Wilke enthält sich.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.04.2018

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird genehmigt.

4. Flüchtlingsangelegenheiten

Herr Klockgether berichtet, dass das Land die Verteilquote erneut verlängert habe, nun sei diese bis Ende September gültig.

Ratsherr Schrader erkundigt sich nach dem Abfluss der Bewohner aus den Unterkünften für Geflüchtete.

Herr Klockgether erläutert, dass zur Zeit ca. ein Drittel der Bewohner der Unterkünfte bereits eine Entscheidung vom BAMF erhalten habe. Aufgrund der aktuellen Situation auf dem

Wohnungsmarkt gestalte sich der Abfluss jedoch schwierig. Es gebe jedoch weiterhin sozialpädagogische Unterstützung für die Geflüchteten und ein rascher Auszug sei durchaus gewünscht.

Ratsherr Schrader fragt nach, ob die Aufnahme der weiteren geplanten Zuweisungen problemlos möglich sein werde.

Herr Klockgether erklärt, dass es durch die Planungen, die Standorte Hondelage und Lamme künftig auch als Wohnstandorte für Geflüchtete zu nutzen, voraussichtlich keine Probleme bei der Erfüllung des Kontingentes geben werde.

Zudem sei geplant, auch für die beiden neuen Standorte wieder einen Tag der offenen Tür mit Besichtigung anzubieten. Dies habe auch bei den vorherigen vier Standorten im Vorfeld viele Unstimmigkeiten beseitigen können.

Ratsherr Merfort berichtet, dass bei einer Sitzung des Stadtbezirksrates 113 die Frage aufgekommen sei, ob nun durch die neuen Nutzungspläne bereits durchgeführte Umbaumaßnahmen wieder zurückgeführt werden müssten. Im Stadtbezirksrat sei die Situation so dargestellt worden, als würde die Verwaltung hierzu falsche Stellungnahmen abgeben. Er bittet um Klärung der Angelegenheit.

5. Präsentation Arbeitskreis Streetwork

Frau Koch stellt die Präsentation zum Arbeitskreis Streetwork vor (siehe Anlage).

Ratsfrau Ohnesorge weist darauf hin, dass durch die Demontage von Bänken wie beim Von-Veltheim-Weg, der Aufenthalt an öffentlichen Orten bedauerlicherweise auch für alle anderen Anwohner weniger attraktiv werde. Sie fragt nach, ob die Streetworker aufgrund von Beschwerden tätig würden, oder ob sie gezielt Brennpunkte ansteuern und überprüfen würden.

Frau Koch berichtet hierzu, dass der Einsatz der Streetworker für den Bereich Innenstadt initiiert worden sei, und zur Zeit durch eine halbe Stelle bearbeitet werde. Damit sei eine Ausweitung des Einsatzgebietes nicht möglich. Es sei unterschiedlich, wie die Streetworker zu ihren Einsätzen kämen. Oft gebe es Hinweise der Polizei oder des Zentralen Ordnungsdienstes. Gelegentlich würden jedoch auch Hinweise über bekannte Hilfebedürftige direkt aus der Personengruppe hinaus an die Streetworker herangetragen.

Ratsherr Schrader lobt die Arbeit der Streetworker. Er berichtet, dass er vom PK Mitte die Auskunft bekommen habe, dass gegen aggressives Betteln durch die Polizei nur bei Meldung eingeschritten werde. Er fragt nach, woher Betroffene Geld für Alkohol zur Verfügung hätten und wie die Arbeitszeiten der Streetworker aussähen.

Frau Koch erläutert hierzu, dass die Arbeitszeiten der Streetworker nach Bedarf flexibel und unterschiedlich seien. Die Betroffenen hätten ihr Geld unter anderem durch Sozialleistungen, zum Teil durch Betteln oder zum Beispiel durch den Bezug von Renten.

Herr Klockgether ergänzt, dass nur aggressives Betteln im Wege der Gefahrenabwehr zu untersagen sei. Eine neue Vorlage zur Sondernutzungsverordnung sei derzeit in Arbeit.

Ratsherr Merfort fragt nach, ob es derzeit noch Brennpunkte gebe, die mit den momentanen Kapazitäten nicht bedient werden könnten.

Frau Koch antwortet hierauf, dass zur Zeit keine solchen Brennpunkte bekannt seien. Die entsprechenden Infos erhalte man über den Zentralen Ordnungsdienst, welcher im gesamten Stadtgebiet eingesetzt sei.

Ratsherr Merfort erkundigt sich nach einer Möglichkeit, die anderen Polizeikommissariate mit einzubeziehen.

Frau Koch bestätigt, dass die anderen Kommissariate vermutlich Informationen liefern können.

ten. Jedoch könnte man mit einer halben Stelle nicht das ganze Stadtgebiet mit Streetwork bedienen, hierzu bestehe zur Zeit auch kein Arbeitsauftrag. Dieser erstrecke sich lediglich auf die Innenstadt.

Herr Klockgether stimmt zu, dass der Schwerpunkt für die Arbeit der Streetworker im Bereich Innenstadt liege. Bei Fällen außerhalb der Innenstadt werde gemeinsam mit anderen Akteuren nach Lösungen gesucht.

Ratsfrau Schütze fragt nach, ob die Arbeit der Streetworker weiterhin fortgeführt werde. Herr Klockgether bestätigt dies.

6. Mitteilungen

6.1. Bericht der Zentralen Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)

18-08291

Herr Tegtmeyer berichtet, dass nach den bisherigen Erfahrungen die 3- und 5-jährigen Besetzungsrechte unattraktiv erscheinen. Den Vermietern scheinen die Sicherheiten, die die Stadt ihnen bietet, für den Abschluss der 10-jährigen Besetzungsrechte ausreichend zu sein.

Auf Herrn Stühmeiers Fragen nach den 15 noch verfügbaren Probewohnmaßnahmen, einer Prognose, sowie den 71 sonstigen Gründen, warum sich aus Kontaktaufnahmen kein Ankauf von Besetzungsrechten ergeben hat, wird zum Protokoll folgende Antwort nachgereicht:

Unter sonstigen Gründen zu fassen sind Kontaktaufnahmen auf zum Beispiel Zeitungsanzeigen, durch das Internet etc. Der Verfügungsberechtigte gibt an, sich aus verschiedenen Gründen noch einmal melden zu wollen, hat sich also weder dafür, noch dagegen entschieden. Oder es gab vorherigen Kontakt mit dem Verfügungsberechtigten sowie Rückfragen, die aber noch zu keiner Entscheidung geführt haben.

Herr Klockgether berichtet, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass die Anzahl der Besetzungsrechte und Probewohnmaßnahmen tendenziell steigen wird. Man erhoffe sich einen Multiplikatoreneffekt. Zudem laufe auch die Werbung für das Angebot.

Herr Tegtmeyer ergänzt, dass man erreichen wolle, dass sich das Logo der ZSW bei den Menschen einpräge. Zudem wolle die Stadt Vertrauen bei den Vermietern schaffen.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus erklärt, dass man bei Betrachtung des gesamten, angespannten Wohnungsmarktes feststelle, dass der Bedarf größer als das Angebot sei. Sie erkundet sich nach den Kriterien für die Vergabe der Probewohnmaßnahmen, danach, ob auch Familien berücksichtigt würden, und was für Angebote als unzumutbar gelten würden.

Herr Tegtmeyer antwortet, dass die Wohnungen an Kunden vergeben würden, die die Gewähr dafür böten, dass das Probewohnen funktionieren werde. Bei entsprechender Größe der Wohnungen würden diese auch an Familien vergeben werden. Man habe gewisse Standards festgelegt, die eingehalten werden müssten, sonst würden die Wohnungen als unzumutbar gelten.

Ratsfrau Naber ist erfreut über das positive Anlaufen der Maßnahme. Auf ihre Nachfrage erläutert Herr Tegtmeyer, dass das Probewohnen zur Zeit durch eine halbe Stelle betreut werde. Auf die Frage, warum nur 44 Besichtigungen durchgeführt worden seien, wird zum Protokoll folgende Antwort nachgeliefert:

Der Zentralen Stelle für Wohnraumhilfe wurden im Zeitraum 3. Mai 2016 bis 30. April 2018 nur 44 Wohnungen zur Besichtigung angeboten.

Herr Kröger erkundigt sich nach der Ausgestaltung der Mietverträge. Herr Tegtmeyer führt hierzu aus, dass die Belegung der Wohnungen zunächst ein Jahr lang durch eine Inanspruchnahme der Stadt erfolge. Im Anschluss werde ein Mietvertrag zwischen Vermieter und Mieter geschlossen, auch dann werde das Probewohnen weiter sozialpädagogisch betreut. Herr Klockgether ergänzt, dass es im ersten Jahr keinen Mietvertrag gebe, und man daher

das Probewohnen nach dem Nds. SOG auch wieder abbrechen könne.

Ratsfrau Schütze erkundigt sich, was nach einem Auszug der Mieter passieren würde. Herr Tegtmeter erklärt hierzu, dass die Stadt ein 10-jähriges Besetzungsrecht habe und dies auch in diesem Fall weiter bestünde.

Herr Stühmeier fragt nach den 3- und 5-jährigen Besetzungsrechten, die nicht in Anspruch genommen würden, und wie weiter mit den entsprechenden Mitteln verfahren würde. Herr Tegtmeter erläutert, dass die Ansätze gegenseitig deckungsfähig seien, und die Mittel daher für die 10-jährigen Maßnahmen genutzt werden könnten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Fachausschussberichtswesen - Jahresabschlussbericht 2017 des Fachbereich 50

18-08294

Herr Klockgether berichtet, dass die Zahlen aus Sicht der Verwaltung sehr zufriedenstellend seien, da das Budget gut eingehalten worden sei.

Herr Baumgart fragt nach, ob bereits abschätzbar sei, ob die Ausweitung bei den Regelungen zur Hilfe zur Pflege Mehrausgaben zur Folge haben werde.

Herr Klockgether antwortet hierzu, dass dies schwer vorauszuahnen sei, und man die kommenden Entwicklungen abwarten müsse.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

7.1. Begegnungsmöglichkeiten in den Stadtteilen durch Stadtteiltreffs schaffen

18-08284

Die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 7.1 und 7.2 werden nacheinander vorgestellt und anschließend gemeinsam beraten.

Ratsfrau Schütze berichtet, dass durch "Denk deine Stadt" deutlich geworden ist, dass Stadtteiltreffs durchaus gewünscht sind. Was für Möglichkeiten in den Stadtteilen vorhanden seien, sei unterschiedlich. Es müsse daher zunächst aufgearbeitet werden, wie der Stand in den einzelnen Stadtteilen aktuell sei, welche Bedarfe es gebe und welche Mindeststandards einzuhalten wären. Daher sollte zunächst ein Sachstandsbericht erarbeitet werden, auf dem aufgebaut werden könne.

Ratsfrau Naber erläutert, dass "Denk deine Stadt" auch ergeben habe, dass Stadtteiltreffs ein wichtiger Anschlusspunkt für neu Zugezogene seien. Man müsse hierbei in Quartieren und nicht in Stadtbezirken denken. Es solle ein Gesamtkonzept entwickelt werden, das vorhandene Strukturen berücksichtige und darauf aufbaue. Es würden sich Fragen stellen, wo in der Verwaltung eine solche Aufgabe anzusiedeln und wie sie umzusetzen und zu finanzieren sei. Man müsse gegebenenfalls zunächst eine Bestandsaufnahme durchführen, um ein Konzept zu entwickeln und möglicherweise müssten Dorfgemeinschaftshäuser in Nachbarschaftstreffe umgewandelt werden.

Ratsherr Merfort bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion eine Diskussion und Umsetzung des Themas begrüße. Auch er ist der Ansicht, dass zunächst eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden müsse, die Bedarfe aufzeigen würde, um anschließend ein Konzept zu entwickeln. Die Nachbarschaftstreffe förderten das gesellschaftliche Zusammenleben. Er schlägt vor, dass die Fraktionen möglicherweise einen gemeinsamen Antrag stellen sollten.

Ratsfrau Naber erklärt, dass ein Konzept und Ansprechpartner notwendig seien, elementare Punkte aus bisherigen Erfahrungen seien in den Antrag mit eingeflossen.

Ratsfrau Jaschinski-Gauß beschreibt, dass es sich um einen mehrjährigen Prozess handle. Es gebe in einigen Stadtteilen Bedarfe, diese müsste man zunächst feststellen, um später

die Finanzierung regeln zu können.

Ratsfrau Wilimzig-Wilke berichtet, dass beispielsweise auch im Stadtteil Lehndorf-Watenbüttel Bedarfe vorhanden seien, und diese zunächst ermittelt werden müssten.

Herr Kröger erläutert, dass viele Begegnungsstätten bereits durch die freie Wohlfahrtspflege betrieben würden, hier seien bereits Bedarfe ermittelt worden. Er erkundigt sich, ob nun alles gemeinsam oder konkret im Einzelfall betrachtet werden solle. Auch bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege mangle es an finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen.

Ratsfrau Schütze erklärt, dass der erhöhte Bedarf an Personal und Finanzen bekannt sei. Das Konzept solle sehr weit am Anfang ansetzen. Die Einzelheiten seien erst noch festzulegen. Sie schlägt vor, die Anträge passieren zu lassen, um einen Konsens für einen gemeinsamen Antrag an den Rat zu finden.

Ratsfrau Naber berichtet, man wolle nicht einfach alles zusammenfassen. Man wolle vielmehr entsprechend der Bedarfe auf den bestehenden Strukturen aufbauen. Man solle hierbei frühzeitig an die Finanzierung denken.

Herr Baumgart gibt zu Bedenken, dass eine offene Anfrage in den Stadtbezirken sehr viele verschiedene Ergebnisse liefern könne. Man solle daher lieber gezielter nachfragen.

Herr Klockgether beschreibt, dass sich für die Verwaltung die Frage stelle, wie man mit einem solchen möglichen Beschluss umgehe. Er würde einen offen gestalteten Antrag begrüßen, um der Verwaltung einen gewissen Spielraum für die Umsetzung zu überlassen. Es müssten verschiedene Zuständigkeiten in ein geregeltes Verfahren einfließen. Dies sei zudem mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu leisten. Klärungsbedarf bestehe bezüglich der Federführung, der Ressourcen, des Zeitrahmens etc.

Herr Kröger wünscht sich, dass die Träger der freien Wohlfahrtspflege in den Prozess einbezogen werden.

Ratsfrau Schütze übergibt die Sitzungsleitung um 16.46 Uhr an Ratsherrn Merfort.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss lässt den Antrag passieren.

7.2. Nachbarschaftszentren in Stadtquartieren

18-08025

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss lässt den Antrag passieren.

8. Anfragen

8.1. Sanierung der sanitären Anlagen auf dem Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94

18-08314

Ratsfrau Ohnesorge fragt nach, aus welchen Gründen die Kosten nun doch so viel höher ausfielen und wann der spätere Zeitpunkt zur Durchführung der Maßnahme sein werde.

Herr Tegtmeyer erläutert, dass zunächst über die Haushaltsmittel beschlossen werden müsse. Herr Klockgether ergänzt, dass die Verwaltung zunächst mit Verteilersäulen ausstatten werde. Dies würde den Druck auf die übrigen Anlagen vermindern. Es müsse eine Abwägung stattfinden, auch ein Abriss und Neubau seien mögliche Alternativen, um eine dauerhafte Verbesserung zu erreichen.

Ratsfrau Naber fragt nach, ob die Mittel durch die Politik in den Haushalt eingestellt werden müssten.

Herr Klockgether erläutert, dass die Verwaltung aktuell mit den vorhandenen Mitteln agieren und Notfälle abdecken könne.

Herr Tegtmeyer ergänzt, dass möglicherweise im Winter neue Schäden hinzugekommen seien, diese hätten jedoch keine Sicherheitsrelevanz.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus erkundigt sich nach den Kosten für einen möglichen Abriss und Neubau, diese liegen jedoch zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor. Auch die Frage von Ratsfrau Naber, wie schnell sich möglicherweise Schimmel bilden würde, kann aufgrund der schwierigen Abschätzbarkeit nicht abschließend beantwortet werden.

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-08314-01 beantwortet.

8.1.1. Sanierung der sanitären Anlagen auf dem Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94 **18-08314-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.2. LAB-Ausweis als Fahrschein für den ÖPNV? **18-08290**

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-08290-01 beantwortet.

8.2.1. LAB-Ausweis als Fahrschein für den ÖPNV? **18-08290-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Sachstandsbericht Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW) **18-08214**

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-08214-01 beantwortet.

8.3.1. Sachstandsbericht Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW) **18-08214-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Braunschweig Pass für die Stadtbibliothek? **18-08289**

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-08289-01 beantwortet.

8.4.1. Braunschweig Pass für die Stadtbibliothek? **18-08289-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.5. Jobcenter: Sanktionen und die Folgen **18-08250**

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-08250-01 beantwortet.

8.5.1. Jobcenter: Sanktionen und die Folgen **18-08250-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfrage

Ratsfrau Naber erkundigt sich nach möglichen Finanzierungsproblemen bei „Jacke wie Hose“. Von Finanzierungsproblemen sei jedoch nichts bekannt, berichtet Herr Klockgether.

gez.
Schütze
Ausschussvorsitzende

gez.
Klockgether
Fachbereichsleiter

gez.
Ferdinand
Schriftführerin